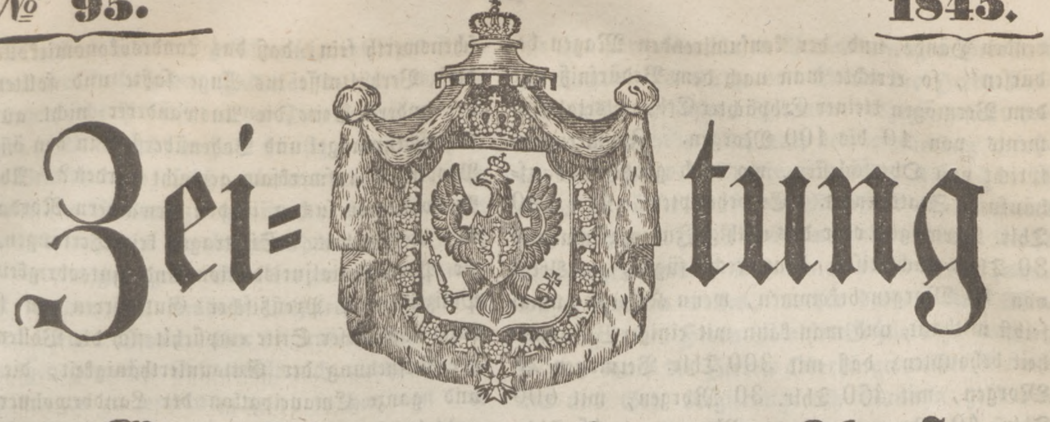


№ 95. 1845.



Zeitung des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Freitag den 25. April.

Inland.

Berlin den 23. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Landrathe des Kreises Höxter, Geheimen Regierungs-Rathe von Wolff-Metternich, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Major a. D. Meinecke und dem Controlleur Rudolph vom hiesigen Proviant-Amte, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Sekonde-Lieutenant Heinlé von der 1sten Ingenieur-Inspektion und dem Unterofffizier Falck vom 2ten Infanterie (genannt Königs-) Regiment, die Rettungs-Medaille mit dem Bande zu verleihen.

Der bisherige Ober-Landesgerichts-Assessor Deschner ist zum Justiz-Kommissarius bei den Gerichten des Glatzer Kreises, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Reinerz, und zugleich zum Notarius im Departement des Königl. Ober-Landesgerichts zu Breslau ernannt; der bisherige Stadtgerichts-Assessor Dehmel zu Breslau zum Justiz-Kommissarius bei den Gerichten des Münsterberger Kreises, mit Anweisung seines Wohnorts in Münsterberg; der pensionirte Bürgermeister Weiße zum Justiz-Kommissarius für den Bezirk des Land- und Stadtgerichts zu Delitzsch und für die darin belegenen Patrimonialgerichte des Delitzscher und Bitterfelder Kreises, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Delitzsch; und der Notar Peter Wilhelm Birkhäuser zu Kuchenheim zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Bonn, mit Anweisung seines Wohnsitzes in der Stadt Bonn, bestellt worden.

Der General-Major und Inspekteur der 2ten Artillerie-Inspektion, von Jenichen, ist nach Küstrin abgereist.

Man streitet über die Auswanderung nach Texas und nach Ungarn. Tausende verlassen jährlich das Vaterland, um jenseits des Oceans eine neue Heimath zu suchen. Und doch harren im Vaterlande selbst, in Deutschland, in Preußen noch viele tausend Morgen der Kultur durch Menschen. Ist unter diesen Umständen der Verlust vieler tausend fleißiger Hände nicht zu beklagen? Sollte es nicht zweckmäßig sein, den Strom der Auswanderer zum Theil in jene menschenleeren Gegenden des Preußischen Staats zu lenken, wo aus Mangel an Menschenhänden noch große Flächen öde liegen? Der Rittergutsbesitzer Zimmermann sagt in dem beachtenswerthen Schriftchen: „Der freie Grundbesitz im Gegensatz zum Servilismus unserer Tage. Erörterung der materiellen Gebrechen der Zeit und der Mittel, ihnen abzuhelfen.“ (Breslau 1844): „In der Preußischen Monarchie liegen noch Tausende (?) von Quadratmeilen kulturfähigen Landes, theils gar nicht bebaut, theils brach, theils mangelhaft bewirthschaftet, da es daselbst bei sehr großer Landaufhäufung entweder an Betriebskapitalien, oder an dem Willen oder der Einsicht, sie anzulegen, fehlt. Vieles Land liegt als öder Hütungs- und Forstanger und schmachtet nach Kultur und dem Pfluge.“ Zimmermann wünscht, daß die regierenden Herren ihre Domänen nicht einzelnen großen Generalpächtern überlassen, welche trotz der Verschwendung des Bodens reich werden, sondern Erbpachtetablissements errichteten, um viele kleine glückliche Erbpächterfamilien zu gründen. Um der großen Masse der Besitz- aber nicht ganz Vermögenslosen Bevölkerung im Sinne der Humanität beizuspringen, um das Auswandern nach fremden Ländern und Erdtheilen zu verhindern, was sehr zweckmäßig, „da wir im Inlande noch sehr der kultivi

renden Hände und der konsumirenden Magen bedürfen", so errichte man nach dem Bedürfniß und dem Vermögen kleiner Erbpächter Erbpachtsetablissements von 10 bis 100 Morgen. Zimmermann spricht von Oberschlesien, wo noch große Landaufhäufung Statt findet. Er behauptet: „Wer 150 Thlr. Vermögen oder das nöthige Inventarium und 80 Thlr. nachweiset, kann recht füglich ein Areal von 10 Morgen bekommen, wenn Kolonist zumal selbst mitbaut, und man kann mit einiger Bestimmtheit behaupten, daß mit 300 Thlr. Vermögen 20 Morgen, mit 450 Thlr. 30 Morgen, mit 600 Thlr. 40 Morgen, also der Morgen mit 15 Thlr. eingenommen werden können." Jedenfalls dürften die Vorschläge und Ideen des Rittergutsbesitzers Zimmermann eine Untersuchung und Beachtung dieser Verhältnisse verdienen, je seltener Rittergutsbesitzer der Dismembration das Wort reden. Fast jedes größere Rittergut, namentlich auf dem rechten Oderufer in Ober- und Niederschlesien, versichert unser freisinniger Rittergutsbesitzer, besteht wenigstens aus zwei Rittergütern, wovon das eine nunmehr zu einem bloßen Vorwerke herabgesunken, lediglich einige hundert Schöpse und höchstens etwas Zugvieh ernährt. Würden diese Vorwerke, welche manchmal ein großes Areal von Acker, Wiesen, Hütungen, Wald und Teichen haben, vermittelst Kapitals oder Erbpachtsverkaufs besser verwerthet, so könnten, wie früher, viele Familien angenehm, anständig und auskömmlich daselbst leben. — In seiner Schilderung der ländlichen Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen bekundet der Geh. Regierungsrath von Harthausen, daß noch keineswegs ein Ueberfluß von Menschen, daß vielmehr ein so großer Mangel an Arbeitsleuten vorhanden ist, daß die Wirthschaftskosten der großen Güter in der Regel die Hälfte des Ertrages überwiegen. „Es fehlt in der Provinz im Ganzen an Menschen, namentlich an Tagelöhnern." Ein Gegner der Dismembration muß doch in den „Börsen-Nachrichten der Ostsee" zugeben, daß in Westpreußen noch mehre Quadratmeilen wegen Mangel an Arbeitern unbebaut dalägen. An einer andern Stelle der Börsen-Nachrichten erklärt ein Pommerscher Rittergutsbesitzer, von Versen: „Am auffallendsten bleibt aber der Vortheil des Parzellirens für uns in Hinterpommern, wo noch so große tragbare Flächen Haideland oder dürftiger Holzwuchs und große Moore umzuwandeln sind, die fern von dem Hofe eines großen Gutes kaum als Weide einen nennbaren Ertrag gewähren." — Daß nun durch das neue Gesetz über Dismembrationen vom 3. Jan. 1845, wie unter diesen Umständen zu erwarten, die Dismembration und Kolonisation erleichtert sei, läßt sich nicht behaupten. Sollte es auf der einen Seite nicht wünschenswerth sein, daß das Landesökonomiekollegium diese Verhältnisse ins Auge faßte und sollten auf der andern Seite die Auswanderer nicht auf den Menschenmangel und Bodenüberfluß in den östlichen Provinzen aufmerksam gemacht werden? Aber die Auswanderer suchen in den Urwäldern Nordamerika's die Freiheit. Sie tragen kein Verlangen, unter Patrimonialjurisdiktion und gutsobrigkeitlicher Polizeigewalt Preußischer Gutsherren zu stehen. Auch von dieser Seite empfiehlt sich die Vollendung der Aufhebung der Gutsunterthänigkeit, die volle und ganze Emancipation der Landbewohner von gutsobrigkeitlicher Bevormundung durch Herstellung freier sich selbst verwaltender Landgemeinden.

---

* Berlin den 23. April. Die nahe bevorstehende Entscheidung von Seite des Staats in Bezug auf die deutsch-katholische Angelegenheit dürfte sich, wie man hier glaubt, insofern günstig für die Neu-Katholiken gestalten, als Letzteren vermuthlich dieselben Rechte, wie den Alt-Lutheranern, eingeräumt werden dürften, d. h. sie werden als geduldete Religionsgesellschaft vom Staate betrachtet werden mit Zugestehung einzelner Rechte, welche die römisch-katholische und evangelische Kirche nach Staatsverträgen genießen. Daß den Neukatholiken größere Begünstigungen vom Staate zu Theil werden sollten als den Alt-Lutheranern, dürfte schon deshalb zweifelhaft seyn, weil die Alt-Lutheraner in diesem Falle Klagen erheben und sich über Zurückstellung beschweren würden. In den hiesigen Kreisen hegt man jedoch Zweifel, ob den Neukatholiken vom Staate gestattet werden wird, sich die „Deutsch-Katholischen" zu nennen, indem von anderen katholischen Staaten Einspruch dagegen erhoben werden dürfte. — Die von einem Mitgliede der katholischen Fakultät in Breslau ausgegangene Denkschrift, worin über Beeinträchtigung der dortigen katholischen Fakultät von Seiten des Staates Beschwerde geführt wird, giebt hier zu vielen Besprechungen Anlaß. Wie man von genau unterrichteten Personen erfährt, ist es allerdings Thatsache, daß die vom hochseligen König für die Breslauer katholische Fakultät angewiesene Summe seit einer Reihe von Jahren nicht ausschließlich für die katholische Fakultät, wie die Königliche Verordnung es ausdrücklich bestimmte, verwendet worden war, sondern die jährliche Ersparung von 1200 Thalern der dortigen Universität anderweitig zu gut gekommen ist; indessen soll der Grund dieses Verfahrens von Seite des frühern Kultusministeriums nicht in einer absichtlichen Beeinträchtigung der Breslauer katholischen Fakultät zu suchen sein. Von unpartheiischen Personen wird versichert, daß die Ersparung dadurch veranlaßt worden sei, daß es

dem Ministerium schwer gefallen sei, erledigte Stellen bei der katholischen Fakultät durch namhafte und bedeutende Professoren der Theologie wieder zu besetzen. Man habe deshalb häufig, nach vergeblichen Bemühungen, solche bereits schon bewährte Männer für Breslau zu gewinnen, seine Zuflucht zu jungen tüchtigen Theologen nehmen müssen, denen aber ein geringerer Gehalt vom Staate zuerkannt worden sei, weshalb Ersparungen gemacht worden seien. Da nun aber bei unsern Staatsverwaltungen gemachte Ersparnisse nicht zu dem Kapital geschlagen zu werden pflegen, so hat man diese Ersparnisse der Universität Breslau zu anderen Zwecken zufließen lassen. Die Richtigkeit der Angabe in der erwähnten Denkschrift daß auf diese Weise der Universität Breslau von der für die katholische Fakultät angewiesenen Summe durch die Reihe von Jahren eine Summe von 30,000 Thalern zugeflossen sei, wird hier nicht in Zweifel gezogen. Im Jahre 1841 wurde die Sache, auf eine Eingabe der Fakultät an Se. Maj. den König, geordnet. — Das Standbild des hochseligen Königs, welches für Potsdam bestimmt ist und unsern berühmten Bildhauer Kiß zum Meister hat, ist bereits in Erz gegossen. Am 3. August dieses Jahres wird dasselbe auf dem Wilhelmsplatz in Potsdam feierlich aufgestellt werden. — Die dem Professor Begas von Sr. Majestät dem König aufgetragenen Freskomalerien, welche in der neuen Kirche im Sakro bei Potsdam ausgeführt werden sollen, werden in diesem Sommer beginnen. — Man glaubt hier, daß wegen der Ueberschwemmungen die Ausführung mancher Pläne zurückgeschoben werden dürfte, indem die Hülfe des Staates vielfach in Anspruch genommen werden wird. — In der hiesigen Reimerschen Buchhandlung ist eine Statistik des Preußischen Staates, Versuch einer Darstellung seiner Grundmacht und Kultur, seiner Verfassung, Regierung und Verwaltung im Laufe der Gegenwart, erschienen. — Der 76jährige Stadtrath Firmenich, einer der ältesten der notabeln Bürger Kölns, befindet sich gegenwärtig hier und findet allenthalben eine freundliche Aufnahme. Da man gegenwärtig in Köln mit dem Bau und der Errichtung eines neuen Krankenhauses beschäftigt ist, so ließ Herr Geheimrath Schmidt denselben die Einrichtungen des hiesigen Hauptkrankenhauses aufs Zuvorkommendste einsehen.

Berlin. — Der Beschluß unserer Stadtverordneten-Versammlung, der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde eine der unter städtischem Patronat stehenden Kirchen zur Mitbenutzung zu gewähren, scheint noch nicht zur sofortigen Ausführung gelangen zu können, indem dem Wunsch der Gemeinde, schon jetzt von einer dieser Kirchen für ihre gottesdienstlichen Versammlungen Gebrauch zu machen, sich einige von Seiten des Herrn Kultusministers geäußerte Bedenken entgegengestellt haben. Obwohl nämlich nach dem einstimmig gefaßten Beschluß der Stadtverordneten, kein Zweifel obwalten dürfte, daß der Magistrat ohne weiteres eine Vollmacht zur Einräumung einer solchen Kirche ausfertigen konnte, so hat man es doch für zweckmäßig erachten wollen, vorher deshalb eine Mittheilung an den Herrn Minister Eichhorn zu machen, welches durch die Herren Oberbürgermeister Krausnick und Geh. Regierungsrath Naunyn geschehen ist. Die an den Tag gelegten Bedenken des Herrn Ministers sind aber dahin gegangen, daß es wünschenswerth sei, die neue Gemeinde erst dann zur wirklichen Benutzung einer städtischen Kirche zugelassen zu sehen, wenn dieselbe, zur Abhaltung eines förmlichen Gottesdienstes, mit einem ihr angehörigen Priester sich versehen habe. Es hat sich deshalb am heutigen Morgen eine Deputation der Gemeinde zu dem Herrn Minister begeben, um den dringenden Wunsch, den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zu ihren Gunsten verwirklicht zu sehen, gegen die aufgestellte Ansicht geltend zu machen. Die Meinung des seit dem 19. d. wieder hier anwesenden Herrn Ronge ist zwar die gewesen, daß die junge Gemeinde sich fürerst möglichst aller Bitten und Anträge an die Staatsregierung in ihrer Sache enthalten solle, um die rechte Zeit abzuwarten, wo ihr die Gewährung aller zu ihrer Organisation nöthigen Formen von selbst zufallen würde. Diese Ansicht trägt gewiß ihre wesentliche Bedeutung in sich, da es überhaupt nicht gut ist, in einer Angelegenheit vor ihrer allgemeinen förmlichen Anerkennung sich einzeln abschlägliche Antworten einzuholen. Indeß ist die hiesige Gemeinde bei der so bedeutend gewachsenen Anzahl ihrer Mitglieder, darauf angewiesen, auf eine größere Räumlichkeit bei ihren gottesdienstlichen Versammlungen schon jetzt Bedacht zu nehmen und damit nicht bis zur wirklichen Einsetzung eines Geistlichen zu warten. Die wiederholte Anwesenheit Ronge's in Berlin wird ihm hier einen noch größeren Kreis von Anhängern, denen es wahrhaft um die Sache zu thun ist, zuführen. Möchten nur gewisse, allzeit fertige Gelegenheits- und Festmahls-Talente, die bei uns aus leidiger Eitelkeit und Narrheit jede neue Erscheinung umschwärmen und umwedeln, davon fern bleiben! Bei dem am 20. d. stattgefundenen Gottesdienst hat Herr Ronge die Predigt gehalten und auch wieder einige Taufen verrichtet, darunter auch die eines Kindes von einem Haus-Offizianten des Prinzen von Preußen. Dieser Gottesdienst ward noch, wie früher, in dem schönen Hörsaal des grauen Klosters abgehalten. — Der seit einiger Zeit hier an-

wesende Consistorialrath Furchau aus Stralsund (der auch als Dichter nicht unrühmlich bekannt ist) hat eine eigenthümliche Erfindung gemacht, welche, wenn sie sich bewähren sollte, der Kunst ein neues wichtiges Organ an Verbreitung zuführen würde, das sich weit wirksamer als Lithographie und Kupferstich erweisen könnte. Diese Erfindung besteht darin, daß, statt des Steines oder Metalls, Leinwand genommen wird, auf welche nach einiger Zubereitung und Ueberstreichung mit einer Wachsmasse, ein Bild mit einer eigenthümlich dazu angefertigten Flüssigkeit sich auftragen läßt, und wovon Abdrücke von außerordentlicher Wirkung und in einer unbeschränkten Zahl erfolgen können. Die Kunst des Herrn Furchau fängt jetzt an in der hiesigen Kunstwelt große Aufmerksamkeit zu erregen.

Die neue jüdische Sekte findet just unter den Aufgeklärtesten und Gebildetsten ihrer Nation nur sehr wenigen Anklang. Sie sehen mit Recht in einer Modifikation, wobei es hauptsächlich gilt, daß sich Einige durch Redeschwall eine Bedeutung geben und in die Zeitungen kommen wollen, kein Heil, das nur von einer wahrhaften Reform herkommen kann, welche auf einem mächtigen Bogen ruht, zu dem sich die beiden Pfeiler: Philosophie und Religion verschmolzen haben. — Döring hat seine Entlassung von Hannover endlich doch erhalten. Mit dem ersten Mai ist er frei, und reist dann zu einem Gastspiel nach Riga, um nach diesem sein lebenslängliches Engagement an der Berliner Hofbühne anzutreten. (Bresl. Z.)

Königsberg den 16. April. So eben, um 8 Uhr Morgens, läuft von Tilsit per Estafette die Nachricht an den Oberpräsidenten Böttlicher ein, daß auch dort ein Dammbruch erfolgt und ein Theil der Tilsiter Niederung überschwemmt sei. Die Eisdecke der Memel ist eher gebrochen als man dies erwartete, und der Wasserstand ein so hoher, daß für die Niederung die größten Befürchtungen gehegt werden.

Köln. — In der Diskussion des Rheinischen Landtags über die Preßfreiheit sind treffliche Sachen gesagt worden, die ganze Debatte, so glänzend, gediegen und parlamentarisch, wie sie nur je in einer unserer konstitutionellen Versammlung vorgekommen sein mag, liefert einen schönen Beweis, wie rasch sich das rednerische Talent bei Redefreiheit auszubilden vermag. Und gewiß wird man mit nicht geringerm Interesse, als die Vorträge der Stände-Mitglieder, auch den des Herrn Landtagmarschalls lesen, welcher klar und scharf für die freie Entwicklung sich ausgesprochen. Dazwischen haben wir jedoch auch Bemerkungen gelesen, deren eine wenigstens der Art ist, daß es mich befremdet, wie die öffentlichen Blätter sie noch nicht hervorgehoben haben, da sie gerade gegen sie gerichtet ist. Ein Mitglied des Ritterstandes hat gesagt, „fast alle Rheinischen Blätter verfolgten Eine Tendenz“ und diese Tendenz wird dahin erklärt: „Die Presse halte die Regel divide et impera fest, und untergrabe immer mehr die Autorität des Glaubens und des Rechtes, sie folge den auflösenden Lehren des Radikalismus und des Nationalismus.“ Da die meisten Blätter des Rheinlandes die konfessionellen Konflikte bei Seite lassen, nicht aus Indifferentismus, sondern aus dem richtigen Prinzip, weil sie diese von der Politik getrennt wissen wollen, weil sie die wahre Freiheit für die Religion und für den Staat in der Trennung Beider erblicken, weil sie glauben, daß die für das Staatsleben bestimmten Organe noch hinreichend Arbeit haben, ehe die Nation diejenige Stufe erreicht hat, auf welcher die Glaubensparteien diskutiren können, ohne Gefahr zu laufen, auf der andern Seite schmerzliche Einbuße zu machen: so kann, was dort Indifferentismus genannt wird, also am allerwenigsten mit dem Streben nach Trennung, um nur zu herrschen, in Verbindung gebracht werden, es ist vielmehr ein Streben nach Einigung, ein Streben, Spaltungen zu verhindern, welche die Gemüther von einander abwenden, die nur vereinigt das erwirken können, was uns noch zur Entwickelung fehlt. Dies muß das edle Stände-Mitglied wohl wissen, und wenn es von Erschütterung des Glaubens spricht, so kann also nur der Glaube an das Alte, an das Veraltete im Staate gemeint sein, das zwar auch häufig für heilig ausgegeben wird, aber es nicht ist, weil es etwas Menschliches ist. In dieser Beziehung hat der Glaube keine Autorität mehr und auch das Recht nicht, weil dieses Recht eben kein unveräußerliches sein kann, da es nicht auf Vernunft beruht, und nicht ist, wie alle Geschichte lehrt, und nicht blos die Französische, sondern auch die Preußische, unsere ganze Gesetzgebung seit dem Jahre 1808. Das edle Mitglied hat zwar auch von wohlerworbenen Rechten gesprochen, von den Rechten des Standes. Aber noch hat Niemand bewiesen, daß diese Rechte wohlerworben, daß z. B. die Steuerbefreiung eines Standes eine vernunftrechtliche sei. Wenn es von Radikalismus zeugt, gegen diese Rechte anzukämpfen, so ist allerdings die Presse radikal, so ist die Gesinnung des Volks radikal, so ist aber auch unsere ganze Gesetzgebung radikal, welche die Privilegien über den Haufen geworfen. Dann hat das edle Mitglied Recht, wie es dies gethan, auch das Ober-Censurgericht anzugreifen, daß es solchem Radikalismus „Geleitbriefe“ gegeben. Wir wollen wahrlich keine Ausschweifung vertheidigen, wir beklagen sie, wie nur Einer, schon weil wir darin einen Rückschritt oder eine Un-

sache zum Rückschritt erblicken, wir wissen, daß Uebergriffe vorfallen und suchen das beste Mittel dagegen ganz eben darin, wo es der Landtag sucht. Aber was uns im Interesse unserer Provinz und unseres öffentlichen Lebens nöthig scheint, ist, daß man auf keine Weise eine Erklärung ohne Protest lasse, welche alle Bestrebungen durcheinander wirft, die ganze Presse außer Zusammenhang mit dem besten Kern der Nation setzen und in einseitiger Auffassung das Wesen des Staatsprozesses dahin verlegen möchte, wo es nicht ist, in die Sonderinteressen des Standes und der Geburt.

Bunzlau den 15. April. In Löwenberg, Friedeberg a. Q., Marklissa und in Liebenthal steht die Bildung christ-katholischer Gemeinden nahe bevor. (Sonntags-Bl.)

Ausland.

Deutschland.

Nassau. — Die Hafenbauten bei Bieberich werden wieder mit großem Eifer betrieben, und mehrere Gründe lassen erwarten, daß der Hafen in einem bei weitem großartigeren Styl, als man Anfangs beabsichtigte, ausgeführt werden wird. Auch die zur Schiffbarmachung der Lahn, in Folge der von Preußen, Hessen und Nassau vor einiger Zeit geschlossenen Convention, unternommenen Arbeiten schreiten rasch vorwärts.

Mecklenburg-Schwerin. Das offizielle Wochenblatt vom 19. April enthält die Konzessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Frankreich.

Paris den 18. April. Die Deputirten-Kammer war dieser Tage vor ihrer öffentlichen Sitzung in ihren Büreaus versammelt, um die Mitglieder der Prüfungs-Kommission für den Vorschlag der Herren Lasnyer und Boissy d'Anglas zu ernennen, nach welcher den Deputirten jedwede Theilnahme an Geschäften, Lieferungen oder anderen industriellen Unternehmungen, die von Privatleuten mit dem Staate abgeschlossen werden würden, untersagt werden soll. Es wurde dieser Vorschlag von einer ansehnlichen Majorität gemißbilligt, welche allgemein der Ansicht war, daß eine derartige Maßnahme nur zur Folge haben könne, die Autorität und das Ansehen der Kammer in der Meinung des Landes zu schwächen.

Der Contre-Admiral Turpin, Befehlshaber des Levante-Geschwaders, ist abberufen und soll durch einen Linienschiffs-Capitain ersetzt werden. Diese Maßregel beruht, wie es heißt, auf einer Verabredung mit der Britt. Regierung, welche ebenfalls den ihr dortiges Geschwader kommandirenden Admiral zurückrufen und einen Capitain an dessen Stelle setzen würde.

Das Journal des Débats spricht in Betrachtung über die Maynooth-Frage in England die Ansicht aus, daß Sir R. Peel's Stellung, den Tories gegenüber, auf die Dauer nicht haltbar sei, und es glaubt, daß derselbe, indem er entschlossen scheine, Alles zu wagen, auf seine bisherige Majorität, die er durch lange Beharrlichkeit und Gewandtheit sich geschaffen, bereits verzichtet habe.

Von Taheiti sind Nachrichten bis zum 28. Oktober eingetroffen, wonach die Dinge dort in demselben kritischen Zustande waren. Gouverneur Bruat erwartete den Admiral Hamelin, um einen entscheidenden Entschluß zu fassen. Auch war der Gesundheitszustand der Truppen unbefriedigend; die Königin Pomare hatte alle Anerbietungen zurückgewiesen und weigerte sich, das Protektorat Frankreichs wieder anzunehmen. Sie war noch immer auf einer benachbarten Insel, von wo aus sie die Eingeborenen in ihren Feindseligkeiten zu bestärken suchte.

Paris den 18. April. Abends. An der Börse ging heute wenig um; die Notirung blieb fast unverändert; Eisenbahnactien waren etwas beliebter.

Die Deputirtenkammer discutirt fortwährend an dem Sparkassengesetz; gestern wurde entschieden, kein Einleger könne sein Guthaben über 1500 Fr. anwachsen lassen; doch dürfte diese Summe durch Zinsrechnung auf 2000 Fr. steigen. — Heute kamen zwei neue Gesetzprojekte an die Kammer; eins über die Eisenbahn von Tours nach Nantes, das zweite in Bezug auf die Einsenbahn von Paris nach Straßburg.

Die Bank von Frankreich läßt eine Filial-Bankanstalt zu Algier mit zehn Million Capital einrichten.

Man erfährt aus Bourges, daß die Prinzessin von Beira, Gemahlin des Infanten (Prätendenten) Don Carlos, gefährlich erkrankt ist; mehrere Aerzte sind von Paris nach Bourges beschieden worden und bereits abgereist.

Großbritannien und Irland.

London den 17. April. Das Unterhaus ist auch gestern noch nicht zur Abstimmung über die zweite Lesung der Maynooth-Bill gelangt und dieselbe wird vielleicht auch heute noch nicht stattfinden, da die bedeutenderen Redner des Hauses noch zu sprechen haben. In der gestrigen Sitzung stellte Herr Ferrand den Antrag, daß die von ihm vor einigen Tagen gegen die Maynooth-Bill eingebrachte Petition der Dubliner protestantischen Gesellschaft gedruckt werde, da der Wunsch darin ausgesprochen

wäre, Sir R. Peel in Anklagestand zu versetzen. Herr Ferrand war indeß genöthigt, den Antrag zurückzunehmen, nachdem sich das Haus dagegen ausgesprochen hatte. Ueber die Maynooth-Bill selbst nahmen unbedeutende Redner das Wort, die in dem Stand der Frage nichts änderten.

Es war ein edler und patriotischer Gedanke, eine neue Partei zu gründen, welcher den konservativen Geist des Torryismus und ein eifriges Festhalten der alten Institutionen Englands mit den fortschreitenden Tendenzen des Whigthums und einer erleuchteten Entschließung, die bürgerlichen und gesellschaftlichen Zustände des Landes zu reformiren und zu bessern, verbinden sollte. Dies war die Grundlage der Regierung Sir R. Peel's, dies das Geheimniß seiner Macht. Aber die Menschen sind zu schwach und zu widerspenstig, um plötzlich als Werkzeuge, wenn auch zu einem guten Zwecke, ohne denselben zu kennen, gebraucht zu werden. Die Mittelstraße hat so gut ihre eigenen besonderen Gefahren wie das Extreme. Die Regierung ist gemäßigt, deshalb hat sie zwei Parteien gegen sich, und wenn diese sich verbinden, so ist ihre Auflösung unvermeidlich.

Ich werde es nicht versuchen, Ihre Leser mit einer Darstellung der Anti-Maynooth-Agitation zu langweilen oder zu zerstreuen. Dieselbe ist leidenschaftlich, fanatisch, ohne Leitung, aber ungeheuer. Es wurden 2257 Petitionen an einem einzigen Abend gegen die Bill ins Unterhaus gebracht; die öffentlichen Versammlungen, welche die Bill hervorgerufen hat, sind zwar an sich klägliche Demonstrationen, aber durchaus nicht in Hinsicht der Anzahl ihrer Besucher. Der Inhalt der dort gehaltenen Reden ist verächtlich; kein Mann von Bedeutung und Ansehn hat ihnen beigewohnt. Exeter-Hall ist gewissermaßen ins Conventgarden-Theater eingebrochen, woselbst eine große Versammlung gestern stattfand, unter dem Vorsitz eines Herrn Beavon, eines wenig bekannten Londoner Banquiers, der die Verhandlungen mit dem Absingen des 46sten Psalms eröffnete.

Es ist nutzlos, den Verwünschungen dieser bigotten Leute zu folgen, aber ich thue ihrer Erwähnung, weil ihre Zahl Legion ist. Wenn indeß ein gemäßigter Mann nach seiner Meinung über den Plan befragt würde, demzufolge dem römisch-katholischen Kollegium zu Maynooth jährlich 26,000 Pfd. statt 12,000 Pfd. bewilligt werden sollen, so glaube ich doch auch, daß er manchen vernünftigen Einwand dagegen vorbringen könnte, denn eine Erhöhung des Jahrgeldes ist noch keine Verbesserung überhaupt. Maynooth ist die Pflanzschule, welche Irland mit unwissenden, mißvergnügten Priestern, bereitwilligen Werkzeugen zu jeder Art Agitation bevölkert hat. Jedermann ist damit einverstanden, daß es wünschenswerth sei, den Charakter der römischen Geistlichkeit durch eine Vervollkommnung ihrer Erziehung zu heben, aber die gegenwärtige Bill beschränkt sich nur auf die Vermehrung der Fonds dieses Instituts. Welchen Grund aber kann man zu der Erwartung haben, daß diese Vermehrung den Charakter jener ändern und bessern werde? Es giebt kein anderes Land in der Welt, möge es katholisch oder protestantisch sein, in welchem der Staat einer feindseligen Körperschaft von Priestern und selbst Jesuiten die Macht und die Mittel an die Hand geben würde, die gesammte Priesterschaft eines Landes zu erziehen, ohne daß er irgend eine Bedingung über die Art der Ausübung einer solchen Befugniß stellte oder sich irgend eine Kontrolle über die Erledigung einer so großen Pflicht vorbehielte. Und doch ist es gerade dies, was die Englische Regierung jetzt thun will. Sie, ein protestantisches Ministerium, begründet und sichert im Herzen Irlands die Stellung derselben Männer, welche nach Luzern eingeladen worden sind, und deren bloße Annäherung schon das Signal zum Bürgerkriege in der Schweiz gewesen ist. Die Parallele ist seltsam aber wahr.

Die Maßregel wird indeß durchgesetzt werden; aber die Minorität wird sich um ungefähr 40 Stimmen konservativer Mitglieder vermehren. Lord John Russell hat einen Antrag in Bezug auf den allgemeinen Zustand des Landes angekündigt, der sehr leicht die mißvergnügten Tories mit der Opposition vereinen kann. Andere glauben, Sir R. Peel werde nicht mehr einen solchen Kampf abwarten, sondern, da er sich von seinen Anhängern verlassen sieht, stolz abtreten und die Beseitigung der Krisis denjenigen überlassen, welche sie herbeigeführt haben. Dies würde auch in der That der seiner Stellung und seines Rufes würdigste Ausweg sein, aber ob er Muth hat, einen so hohen Ton anzunehmen? Wir werden sehen. Jedenfalls ist die Lage des Kabinets eine höchst außerordentliche, und das heutige Votum wird sie wahrscheinlich noch mehr so gestalten.

Belgien.

Brüssel den 17. April. Zu Antwerpen sind etwa 600 Deutsche Auswanderer eingetroffen. — Es ist die Rede von dem Plan eine Eisenbahn von Lüttich nach Maestricht und eine von Namur nach Dinant und Givet zu bauen.

Italien.

Palermo den 30. März. Mit dem Schlusse des Winters haben wir eine Sommerhitze verspürt. Vom 16.—18. d. M. wehte ein so heißer Sciroccowind, wie man ihn nur bisweilen im Monat August zu erleben pflegt. Den 18. um 2 Uhr

Nachmittags stieg der Reaumursche Thermometer im Schatten auf + 26,6° und selbst um 10 Uhr Abends deutete er auf + 22,4°. Den 19. schlug die Windrichtung nach Osten hin und der Thermometer zeigte noch immer die auffallend warme Temperatur von + 22°. Mittlerweile haben viele Feldfrüchte und namentlich die eben zum Einsammeln reifen Bohnen, dadurch viel gelitten.

Schweiz.

Luzern den 17. April. (N. Z. Z.) Ausgenommen das Bataillon von Zug und die luzernerische Landwehr sind weiter keine Truppen entlassen worden; man hat vielmehr gestern den Unterwaldnern neue Quartierbillete ausgetheilt. — Die Beurtheilung des Hauptmanns Ulmi durch das Kriegsgericht hat nun stattgefunden. Der amtliche Ankläger trug auf anderthalb Jahre Zuchthausstrafe an, das Gericht aber verurtheilte ihn zu zehnjähriger Kettenstrafe. Die Strafe beschlägt bloß die Desertion; was den Freischaarenzug betrifft, so kann Ulmi gewärtigen durch die ordentlichen Gerichte annoch überhin zum Tode verurtheilt zu werden. — Der Tod des Alt-Regierungsstatthalters Seiler von Laupen, wohnhaft zu Thun, ist nun bestimmt ausgemittelt. Er fiel in dem Treffen bei Malters. — Gestern hatte die jährliche Versammlung des Rußwylervereins statt; dieselbe war nicht zahlreich, es sollen sich etwa gegen 1000 Personen eingefunden haben. — Mit der Anklage gegen Dr. Steiger ist nun Alt-Appellationsrichter Andreas Weber, Redakteur des „Erzählers", als Vicestaatskanzler beauftragt worden.

Bern. Nach dem „Verfassungsfreund" tritt der Gr. Rath des Kantons im Laufe der künftigen Woche zu einer außerordentlichen Session zusammen.

Rußland und Polen.

Warschau den 17. April. Der Staatsrath Joseph Lubowidzki ist auf sein Gesuch von seinen Funktionen als Präsident des Ober-Kuratel-Conseils der wohlthätigen Anstalten entbunden und Graf Friedrich Skarbek an seine Stelle ernannt worden.

Der Wasserstand der Weichsel am hiesigen Pegel ist jetzt 15 Fuß 7 Zoll.

Türkei.

Konstantinopel den 6. April. (Allg. Ztg.) Omer Pascha, der Held des vorjährigen Feldzugs gegen die Albanesen, ein noch junger und sehr rüstiger Mann, ist der Behandlung, der kein Renegat unter den Türken entgeht, endlich müde geworden. Nachdem er sich überzeugt, daß ihm seiner sauern Arbeit süßer Lohn immer von andern minder begabten oder ächten Türken weggeschnappt werden dürfte, hat er seine Pension beim Sultan angesucht und erhalten und soll mit nächstem Salonicher Dampfboot hier eintreffen. Die Arnauten scheinen hierüber höchlich vergnügt. Kaum war ihnen Omer Pascha vom Halse, als sich ihrer mehr als tausend zusammenrotteten und zu würdiger Feier des fröhlichen Ereignisses das Kloster des heil. Arsenius überfielen und rein ausplünderten. Ein ähnliches Schicksal hatte auch ein anderes Kloster, nur daß da noch drei Mönche, die nicht eilig genug entfliehen konnten, als blutige Opfer des Albanesischen Mordgesindels fielen. Die Dinge sollen in jenem Theile Albaniens wieder gerade so stehen, wie im vorigen Frühjahr vor Eröffnung des Feldzugs. So werden sie dort und in andern Provinzen der Türkei auch noch im kommenden und vielleicht vielen kommenden Frühlingen stehen, bis dem Osmanischen Reiche unverhofft aus irgend einer Wunderquelle eine verjüngende Kraft zufließt oder bis das unerbittliche Schicksal das morsche Gebäude zu seinem gänzlichen Falle bringt.

Vermischte Nachrichten.

Posen. — Die Nützlichkeit der in der Stadt Schrimm seit ¾ Jahren eingerichteten und aus wohlthätigen Beiträgen größtentheils der Gutsbesitzer der Umgegend unterhaltenen Klein-Kinder-Bewahr-Anstalt hat sich während des harten Winters recht wohlthätig bewährt. Die sich dort durchschnittlich aufhaltenden 30 Kinder, welche während des Tages behaglichen Aufenthalt und gesundes Essen erhalten, zeigen evident den Nutzen solcher Anstalten, auf deren Vermehrung möglichst hingewirkt wird. Die Kinder erholen sich nach der Aufnahme in die Anstalt in Kurzem zusehends. — Die aus milden Gaben gegründete, seit mehreren Jahren zu Rokitten, Birnbaumer Kr., bestehende Waisen-Knaben-Erziehungs-Anstalt hat im verflossenen Jahre wiederum 30 armen Kindern Erziehung und Unterhalt gewährt.

Selbst Schweizerblätter sagen unverholen, „daß aus dem vergossenen Blute eidgenössischer Brüder der Jesuitismus sein Antlitz ungeschminkt erhebe, der Jesuitismus, welcher vorgab, die Religion der Liebe zu verkünden, während er die, welche durch das Band des Christenthums und der Blutsverwandschaft aneinander geknüpft sind, zum tödtlichen Hasse und zum Bürgerkriege treibt."

(Eingesandt.)

Wenn man erwägt, daß zu der sogenannten deutsch-katholischen Partei Individuen gehören, welche es bisher bezweifeln ließen, ob sie Katholiken oder Protestanten seien; wenn man sieht, wie zahlreich ihr Protestanten sich anschließen; wenn man lieset, welche große Unkunde über das Wesen des Katholicismus sie bei jeder Gelegenheit an den Tag legt, so kann man nur erstaunen, daß diese verhältnißmäßig unbedeutende Minorität besser wissen will, was Katholicität sei, als die immense Mehrheit von Katholiken, welche hoffentlich nicht lediglich unaufgeklärter, unwissender Pöbel sind. So lange die Geschichte von einem Katholicismus weiß, hat seine unterschei-

bende Eigenthümlichkeit darin bestanden, daß er ein historisch gegebenes, scharf bestimmtes Bekenntniß festgehalten hat (nach Matth. 28, 20. 1. Tim. 6, 20. Gal. 1, 8. 9. u. a.) Die neue Partei charakterisirt sich aber gerade dadurch, daß sie bis auf ein möglichst allgemein gehaltenes Formular jedes prägnant gefaßte Bekenntniß geflissentlich ausschließt und sogar die entschiedendsten Offenbarungslehren der Privatansicht anheim giebt. Wenn das Katholicismus ist, was mag dann Protestantismus seyn? Die Bekenntnißschriften der Reformatoren des 16ten Jahrhunderts stehen der katholischen Lehre ungleich näher, als das neue Symbolum. Es schließt durchaus den Katholicismus aus, Jeder kann ihm beitreten, nur gerade nicht der Katholik, das hat schon ein Leipziger Artikel der A. Allg. Ztg. No. 104. dargethan. Bekannt ist, daß die K. Sächs. Regierung die Bezeichnung als deutsch-katholische Gemeinde untersagt hat. Es handelt sich nicht blos um disciplinarische Reformen, die dogmatische Grundlage ist verlassen. Wenn die Partei uns, die wir am Papste festhalten, weil wir in ihm (nicht die Quelle, sondern) den Hüter des Glaubens und die Vermittelung der Einheit in Lehre und Disciplin erkennen, Römlinge, Ultramontane u. s. w. zu nennen beliebt — in ihrem Munde sind das Anzüglichkeiten! — so mag sie es zum Privatvergnügen immerhin thun: bewiesen wird dadurch nicht, daß sie deutsch-katholisch sei. Die lange, zu Gunsten der Partei sprechende Argumentation, welche die Posener Zeitung No. 93. in ihrem leitenden Artikel bringt, stützt sich auf eine unrichtige Annahme und ist somit verfehlt.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen, den 1sten März 1845.

Das hier in der Vorstadt St. Martin auf der Bergstraße sub No. 180. belegene, dem Regierungs-Baurath Daniel Ludwig Schildner und dessen Kindern Marie Emilie Ferdinande Caroline Auguste und Johannes Michael Emil Arthur Geschwistern Schildner und der geschiedenen Rechnungsräthin Müller, Amalie Caroline geborne Schildner gehörige Grundstück, abgeschätzt auf 22,934 Rthlr. 18 sgr. 4 pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 7ten Oktober 1845 Vormittags um 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle Theilungshalber subhastirt werden.

Nach der gerichtlichen Taxe hat das Grundstück einen Material-Werth von 15,666 Rthlr. 6 sgr. 8 pf., und einen Ertragswerth von 30,203 Rthlr. Es werden Gebote sowohl auf das gesammte Grundstück, als auf einzelne Theile desselben angenommen, zu welchem Behuf nach dem in der Registratur einzusehenden Situations-Plane das Grundstück in drei besondere Parzellen abgetheilt worden ist, deren Taxen ebenfalls in der Registratur einzusehen sind.

Die den Werth des ganzen Grundstücks auf 22,934 Rthlr. 18 sgr. 4 pf. feststellende gerichtliche Taxe ist im Jahr 1841 und die gerichtlichen Taxen der einzelnen Theile des Grundstücks sind im Jahre 1844 aufgenommen worden.

Bekanntmachung.

Das Fräulein Valeria von Mlicka und der Gutsbesitzer Joseph von Mielęcki zu Nieszawa haben mittelst Ehevertrages vom 29sten April 1844 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Rogasen, den 13. März 1845.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Von der bevorstehenden Theilung des Nachlasses der Steueraufseher Mathilde und August Falkschen Eheleute aus Nakel werden die unbekannten Gläubiger mit Hinweisung auf die Vorschrift der §§. 137. 138. und 141. Tit. 17. Th. 1. des Allgem. Landrechts hierdurch in Kenntniß gesetzt.

Lobsens, den 28. März 1845.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Indem ich Posen verlasse, wo mir so viele Beweise der Freundschaft und eines seltenen Wohlwollens Seitens hiesiger Künstler bewiesen worden, kann ich nicht umhin, denselben meinen innigsten Dank abzustatten, namentlich den Herren Orchester-Mitgliedern und Herren Musikliebhabern, die an meinen Konzerten Theil nahmen. Besonders muß ich aber den geehrten Herren Orchester-Mitgliedern meinen innigsten Dank für das mir theure Andenken, mit dem sie mich zu beehren geruhten, abstatten. Dasselbe wird nicht nur ein theures Andenken für mich, es wird auch ein Andenken für meine geliebten Kinder an die Stadt seyn, wo ich von Deutschen so freundschaftlichst, so brüderlich, aufgenommen wurde.

Meine Herren! das Gefühl meines Herzens kann ich nicht aussprechen, nicht aussprechen wie stolz ich auf diesen Beweis Ihrer Freundschaft und Achtung für mich bin. Der größte Triumph für einen Künstler ist, wenn er unter seinen unpartheiischen Kollegen ein solches Mitgefühl hervorrufen kann. Sie können überzeugt seyn, daß, wohin mich auch das Schicksal führen wird, ich das Andenken an Ihre Freundschaft und Ihre Achtung stets in meinem Herzen bewahren werde.

Posen, den 25. April 1845.

Jg. F. Dobrzyński.

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 23. April 1845. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rtl.	Sgr.	Pf.	Preis bis Rtl.	Sgr.	Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	1	7	6	1	14	—
Roggen dito	1	1	—	1	3	—
Gerste	—	21	—	—	22	—
Hafer.	—	20	—	—	21	—
Buchweizen	1	5	—	1	7	6
Erbsen	1	5	—	1	7	6
Kartoffeln	—	10	—	—	11	—
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	25	—	—	26	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	7	—	—	7	5	—
Butter, das Faß zu 8 Pfd.	1	15	—	1	22	6

Mit einer Beilage: Landtags-Verhandlungen.